

Chávez' Wahlsieg: ein Mandat für die sozialistische Revolution?

Welsch, Friedrich J.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Welsch, F. J. (2006). *Chávez' Wahlsieg: ein Mandat für die sozialistische Revolution?* (GIGA Focus Lateinamerika, 12). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-277081>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Chávez' Wahlsieg: Ein Mandat für die sozialistische Revolution?

Friedrich Welsch

Hugo Chávez gewann die Präsidentschaftswahl vom 3. Dezember 2006 überlegen – und verkündete zwei Wochen später die Gründung der sozialistischen Einheitspartei *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV).

Analyse:

Mit 62,9% der Stimmen verzeichnete der amtierende Präsident Hugo Chávez einen klaren Wahlsieg. Der Präsident sieht in diesem Erfolg die Legitimierung, seine Vision von einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ forciert voranzutreiben. Nach acht teils turbulenten Amtsjahren scheint Chávez' Charisma bei seiner Anhängerschaft noch immer ungebrochen, zumal der hohe Ölpreis eine großzügige Verteilungspolitik ermöglicht hat. Gleichwohl reflektiert das Wahlergebnis auch die tiefe Polarisierung der politischen Kräfte im Land.

- Die Auflösung des *Movimiento Quinta República* (MVR) und die Gründung der sozialistischen Einheitspartei PSUV sind klare Schritte zu einer Vertiefung des sozialistischen Charakters der von Chávez proklamierten „Bolivarischen Revolution“. Unklar ist bislang, welche der insgesamt 23 Parteien, die Chávez bei der Wiederwahl unterstützt haben, sich der Fusion zur Einheitspartei anschließen werden.
- In die gleiche Richtung weist die von Chávez angekündigte Verfassungsreform, die die Wiederwahl des Staatspräsidenten auch nach zwei Legislaturperioden erlauben soll. Chávez würde damit die Voraussetzung dafür schaffen, in sechs Jahren erneut zum Präsidenten gewählt werden zu können. Außerdem soll der Sozialismus in der Verfassung als Staatsziel festgeschrieben werden.
- Nationale wie internationale Beobachter bezeichneten die Vorbereitung und Durchführung der Wahl als weitgehend regelkonform. Sie verwiesen aber auch auf Schwachstellen, welche die uneingeschränkte Freiheit der Wahlentscheidung und die Fairness des Wahlkampfs in Frage stellen.
- Das Wahlergebnis verdeutlicht, dass Chávez von der Hälfte der Bevölkerung unterstützt wird. Die andere Hälfte lässt sich zu etwa gleichen Teilen in Unterstützer der Opposition und Nichtwähler aufschlüsseln. Umfragedaten bestätigen, dass Chávez in den ärmsten Bevölkerungsschichten die meisten Befürworter hat.

Key words: Venezuela, Wahlen, Bolivarische Revolution, Sozialismus

Im Vorfeld der Wahl: der Schiedsrichter

Die venezolanische Wahlbehörde *Consejo Nacional Electoral* hat den Verfassungsrang einer fünften Gewalt (neben der legislativen, exekutiven, judikativen und bürgerlichen Gewalt); ihre fünf leitenden Mitglieder und deren zehn Stellvertreter wurden im April 2006 auf Vorschlag eines Wahlmännergremiums von der (ausschließlich mit Abgeordneten des bolivarianischen Bündnisses besetzten) Nationalversammlung ernannt. Laut Verfassung müssen die Mitglieder parteipolitisch unabhängig sein, aber es ist kein Geheimnis, dass vier der fünf leitenden Mitglieder der Regierung nahestehen, insbesondere die Vorsitzende der Behörde. Wirklich unabhängige Entscheidungen sind von einem solchen Gremium kaum zu erwarten, und darüber gaben sich die verschiedenen Kräfte des oppositionellen Lagers auch keinen Illusionen hin. Sie machten ihre Teilnahme an der Wahl – für Chávez aus Legitimitätsgründen unverzichtbar – deshalb von Verhandlungen über die Wahlbedingungen abhängig und erzielten dabei Zugeständnisse, die aus ihrer Sicht eine Beteiligung rechtfertigten. Das wichtigste Zugeständnis war die manuelle Auszählung von mehr als der Hälfte der von den Wahlmaschinen ausgedruckten und danach in Wahlurnen deponierten Stimmebelege zur Kontrolle der von den Maschinen übermittelten Stimmenverteilung. Die Forderung nach Verzicht auf Fingerabdrucklesegeräte zur Identitätsprüfung der Wähler wurde nicht erfüllt. Bei der ebenfalls geforderten und zugestandenen Überprüfung des Wählerverzeichnisses wurden Mängel festgestellt, insbesondere hinsichtlich der Vollständigkeit der Personendaten, die jedoch nicht als gravierend oder potentiell wahlverfälschend eingeschätzt wurden.

Die Einwände der Opposition gegen den Einsatz der Fingerabdruckleser sind nicht von der Hand zu weisen. Erstens kann die mehrfache Stimmabgabe einer Person nur dann verhindert werden, wenn die Geräte überall eingesetzt und die Fingerabdrücke mit einer vollständigen Datenbank aller Wähler verglichen werden. Beide Bedingungen waren nicht gegeben. Zweitens hätten auch überzeugende technische Vorkehrungen nicht verhindern können, dass viele Bürger die Verletzung ihres Wahlgeheimnisses befürchteten. Dazu hatten sie schließlich allen Grund, denn die Unterschriftenlisten zur Forderung der Volksabstimmung zur Abberufung von Chávez im Au-

gust 2004 gelangten damals aus der Wahlbehörde an die Regierungspartei. Die Personendaten von knapp 13 Millionen in „Patrioten“ und „Gegner“ unterschiedenen Bürgern kursierten anschließend als berüchtigte „Liste Maisanta“ und führten zu Benachteiligungen bei Sozialprogrammen, bis hin zu Entlassungen im öffentlichen Dienst und in Staatsunternehmen. Dass angesichts dieser Vorgeschichte die angeblich objektiv gegebene Unverletzlichkeit des Wahlgeheimnisses Bedenken eines Teils der Bevölkerung nicht zu zerstreuen vermochte, ist nur verständlich. In Verbindung mit dem in aller Offenheit ausgeübten Druck auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Staatsunternehmen, ihre Stimme für den amtierenden Staatspräsidenten abzugeben, führt das zu dem Schluss, dass die Wahl nicht uneingeschränkt als frei bezeichnet werden kann. Die Wahlbeobachter der Europäischen Union teilen diese Einschätzung in ihrem vorläufigen Bericht (UE 2006: 3).

Eine weitere Einschränkung der Wahltransparenz ergibt sich aus Widersprüchen im gesetzlichen Regelwerk; es gilt z.B. nach wie vor das 1998, also unter der alten Verfassung, in Kraft getretene Organgesetz über Wahlen und politische Beteiligung, das nicht in allen Aspekten mit dem Organgesetz zur Wählergewalt von 2002 im Einklang steht. Die Wahlbehörde fasst daher von Fall zu Fall Beschlüsse zur Regelung wichtiger Aspekte wie z.B. der Auswahl, Zusammensetzung und Funktion der Wahlhelfergruppen in den Wahllokalen, Wahlkampf und -werbung, internationaler Wahlbeobachtung oder Bestellung von Wahlzeugen. Wichtige Normen ändern sich von einer Wahl zur nächsten: Seit 1998 mussten sich die Venezolaner bei jedem der zehn folgenden Wahlakte mit neuen Spielregeln vertraut machen.

Zusätzlich zu dieser Unsicherheit standen die politischen Strömungen der Opposition vor einem weiteren Problem: Während sie die offensichtliche Unausgewogenheit der Schiedsrichter beklagten, mussten sie ihren Anhängern gegenüber dennoch Zuversicht ausstrahlen, dass diese nicht um ihre Stimmen betrogen würden.

Die Beobachtermission der Europäischen Union betont im Einklang mit der Organisation Amerikanischer Staaten die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des Wahlrechts; beide Organisationen verweisen darauf, dass sie anlässlich ihrer Beobachtung der Parlamentswahlen des Jahres 2005 bereits entsprechende Empfehlungen ausgesprochen hatten (UE 2006: 5; OAS 2006: 2).

Die Kandidaten: Inflation

Der zur Wiederwahl kandidierende Staatspräsident Hugo Chávez wurde von 24 „Organisationen mit politischen Zielen“ aufgestellt (die venezolanische Verfassung von 1999 verwendet ausdrücklich nicht den Begriff „Partei“, sondern die Umschreibung „organización con fines políticos“). In den Reihen der Opposition hatte sich bereits Anfang 2006 die Erkenntnis durchgesetzt, dass nur die Konzentration ihres Stimmenpotentials auf einen gemeinsamen Kandidaten die Möglichkeit eröffnete, dem in der Wählergunst klar führenden Präsidenten mit seiner schon früh angekündigten Vorgabe von zehn Millionen Stimmen Paroli zu bieten. Die Einigung auf den Kandidaten Manuel Rosales, Gouverneur des Bundesstaats Zulia, kam im August im letzten Moment zustande, gerade noch rechtzeitig für seine offizielle Aufstellung. Er wurde von insgesamt 42 „Organisationen mit politischen Zielen“ unterstützt. Außer Chávez und Rosales erfüllten noch zwanzig weitere Kandidaten die Aufstellungsbedingungen durch eine oder mehrere bei der Wahlbehörde eingetragene „Organisationen mit politischen Zielen“ bzw. durch Unterschriften von 0,5% der eingetragenen Wähler bei einer Kandidatur aus Eigeninitiative. Im Verlauf des Wahlkampfes zogen sich acht Kandidaten zurück; ihre Namen verblieben auf dem Wahlzettel, die auf sie entfallenden Stimmen wurden entweder – nach ihren jeweiligen Vorgaben – einem der übrigen Kandidaten zugerechnet oder als ungültig gewertet. Der Wahlzettel mit seinen 86 Positionen war unübersichtlich und forderte dem Wähler ein gewisses Maß an Konzentration ab, wenn er dem Kandidaten seiner Wahl die Stimme über eine bestimmte „Organisation mit politischen Zielen“ zukommen lassen wollte. Es kam deshalb zu zahlreichen Abstimmungsfehlern; die Beobachter der Europäischen Union stellten bei 25% der manuell ausgezählten Wahlurnen Diskrepanzen fest, deren Umfang sich aber in den weitaus meisten Fällen in engen Grenzen hielt (UE 2006: 9).

Der Wahlkampf: Ungleiche Auseinandersetzung

Der Wahlkampf stand im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen den ungleichen Gegnern Chávez und Rosales: ungleich hinsichtlich ihrer Ausgangspositionen, der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und ihrer Selbstinszenierung im Wahlkampf. Während Chávez von Anfang an

als sicherer Sieger galt, musste Rosales versuchen, dessen Unschlagbarkeit als Mythos zu präsentieren und bei seinen Anhängern Zuversicht in einen möglichen Sieg wecken. Dem geballten Einsatz aller staatlichen Ressourcen – Werbespots und Propaganda der Zentralregierung, der Regierungen von 22 der 24 Bundesstaaten, drei Vierteln der Bürgermeister sowie der Staatsunternehmen und hier vor allem der Erdölgesellschaft PdVSA – konnte Rosales nur die beschränkten Mittel seines eigenen Bundesstaats, einiger Bürgermeister und aus Spenden entgegengesetzt, denn die venezolanische Verfassung verbietet die staatliche Parteien- oder Wahlkampffinanzierung. Dieser Situation entsprachen auch die unterschiedlichen Wahlkampfstile der beiden Kandidaten: Während der auf die metapolitische Ebene eines Heilsbringers erhobene Chávez sich von Sicherheitskräften abgeschirmt auf der hohen Plattform seines „Chávezmobils“ durch die Massen seiner Anhänger fahren ließ, suchte Rosales in langen Fußmärschen den Kontakt auf Augenhöhe und das Bad in der Menge.

Beide Wahlkampfteams organisierten beeindruckende Massenaufmärsche in allen größeren Städten des Landes. Die Chávez-Anhänger wurden für die Kundgebungen mit roten Hemden und Kappen ausgestattet und formierten sich als „marea roja“ (rote Flut), während die Rosales-Anhänger die Farben der Nationalflagge bevorzugten; sie propagierten ihre Aufmärsche als „avalanchas“ (Lawinen). Der Mobilisierungsschub ließ bei den Anhängern der Opposition die Hoffnung aufkeimen, dass Chávez nicht unbesiegbar sei, besonders nach der ebenfalls als „Lawine“ bezeichneten Abschlusskundgebung in Caracas, zu der sich Schätzungen zufolge fast eine Million Menschen einfanden.

Programmatische Aussagen spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle, obwohl die Inhalte sich diametral gegenüberstanden und den Wähler vor die Alternative zwischen Revolution und Reform stellten. Während Chávez auf eine programmatische Schrift verzichtete, inhaltliche Aussagen vermied und stattdessen eine weitere Amtszeit für die Vertiefung der bolivarianischen Revolution und den Marsch in den Sozialismus des 21. Jahrhunderts einforderte, unterbreitete Rosales ein knapp formuliertes Regierungsprogramm mit Aussagen zu verschiedenen Politikbereichen und einem Maßnahmenkatalog für die Anfangsphase seiner Regierung. Ein Vergleich der wichtigsten inhaltlichen Positionen ergibt folgendes Bild.

Tabelle 1: Programmatische Aussagen

Rosales	Dimension	Chávez
Chancengleichheit durch abgestimmte Sozialpolitiken	Sozialpolitik	Ergebnisgleichheit durch staatliche Transfers
Offene Marktwirtschaft, staatliche Regelungen	Wirtschaftsordnung	Mischsystem, Privilegien für solidarische Eigentumsformen
Dezentralisierung, begrenzte Wiederwahl, Alternabilität, Gewaltenteilung	Politische Ordnung	Zentralismus, unbegrenzte Wiederwahl, Einheitspartei, Gewaltenkonzentration
Friedenspolitik, regionale Integration ohne Konfrontation	Internationale Politik	Ideologische Konfrontation, antiimperialistische regionale Integration
Keine spezifische Aussage	Umweltpolitik	Nachhaltige Entwicklung

Quelle: Ausarbeitung des Autors.

Die Wahlkampforganisation von Chávez war militärisch straff und hierarchisch gegliedert. Das zentrale „Kommando Miranda“ unter der Führung eines früheren Offiziers stellte landesweit mehr als 9500 „Batallones Electorales“ – Wahlkampfataillone – und an der Basis über 30.000 „Pelotones Electorales“ oder Wahlkampftrupps auf. Ihnen oblag vor allem die Vorbereitung und Durchführung der Kundgebungen sowie der Transport der Wähler zu den Wahllokalen. Allein in Caracas setzte das „Kommando Miranda“ am Wahltag mehr als 2500 Fahrzeuge ein. Das Wahlkampfteam von Rosales bestand aus einer kleinen, mit Mitarbeitern seiner Landesregierung besetzten Kernmannschaft und zahlreichen Koordinatoren der politischen Parteien, die seine Kandidatur unterstützten. Obwohl diese Parteien eher regional ausgerichtet sind und nicht über landesweite Organisationsstrukturen verfügen, gelang es dem Team, genügend Wahlhelfer und Zeugen aufzubieten, um die Vertretung des Kandidaten in sämtlichen Wahllokalen sicherzustellen.

Chávez hatte schon vor Beginn des Wahlkampfs das Ziel „10 Millionen Stimmen“ vorgegeben; die Konturen zweier Hände mit zehn ausgestreckten Fingern waren neben dem Slogan „Con Chávez gobierna el pueblo“ (mit Chávez regiert das Volk) Markenzeichen in der Wahlwerbung. Rosales setzte dem das integrierende Motto „por 26 millones“ – für alle 26 Millionen Venezolaner – und die Aufforderung „atrévete“ (wage es) entgegen. Er vermied direkte Angriffe auf Chávez und betonte seinen Wunsch nach Aussöhnung zwischen den verfeindeten politischen Lagern, während Chávez zunächst seinem bekannten, aggressiven Stil folgte. Als Umfragen anzeigten, dass Rosales

Fortschritte machte und sein versöhnlicher Ton positiv aufgenommen wurde, änderte Chávez seine Taktik und stellte die letzten Wochen des Wahlkampfs unter das Motto „amor“: In Reden und Werbespots präsentierte er sich freundlich lächelnd mit dem Leitspruch „todo lo que hago es por amor, amor por el pueblo“ – „alles was ich mache tue ich aus Liebe zum Volk“. Die Umräumungstaktik zahlte sich aus, die Umfragewerte für Rosales stagnierten.

Den Einsatz öffentlicher Mittel und Bediensteter für Wahlkampfpurposes, besonders seitens der Regierung, kritisieren beide Beobachtermissionen (OAS 2006: 1; UE 2006: 3); dabei hatte ihnen nicht einmal ein so eindeutiger Beleg dieses Einsatzes vorgelegen wie das interne Schreiben der Wissenschaftsministerin Córdova, in dem sie sich für die „hervorragende Arbeit des gesamten Personals bei der Unterstützung der Wahlkampflogistik“ bedankt (Córdova 2006). Und zum Druck auf den öffentlichen Dienst vermerkt die Europäische Union, dass die in der breiten Öffentlichkeit bekannt gewordene Drohhrede des Ministers für Energie und Erdöl und Präsidenten der staatlichen Erdölgesellschaft eine Einschüchterung im Sinne der Kriterien für Freie und Gerechte Wahlen der Interparlamentarischen Union darstellen könnte (UE 2006: 3).

Der durch die hohen Erdöleinnahmen ermöglichte starke Anstieg der Staatsausgaben im Wahljahr, insbesondere der direkten Transfers, förderte im Jahresverlauf ein zunehmend positives Meinungsklima für Chávez und seine Regierung. Dass ein Großteil dieser Mittel jenseits des parlamentarischen Haushaltsrechts von der staatlichen Erdölgesellschaft direkt vergeben wurde, die Liquidität um fast 60% anstieg und infolgedessen

auch die Inflation wieder zunahm, wurde dabei weniger wahrgenommen.

Einige Zahlen veranschaulichen die ungleichen Möglichkeiten der Kontrahenten im Wahlkampf. Der 26. November, ein Sonntag, war der letzte Tag, an dem Umfragedaten veröffentlicht werden durften und mithin ein Tag massiver Wahlwerbung. Die Durchsicht von vier auflagestarken und landesweit verkauften Tageszeitungen (El Nacional, El Universal, 2001, Ultimas Noticias), drei davon regierungskritisch, ergab insgesamt 60 Seiten Wahlwerbung (einschließlich einer 36-seitigen Beilage der Erdölgesellschaft PdVSA) für den Kandidaten Chávez, von denen 56,5 aus öffentlichen Kassen finanziert waren. Rosales kam auf 19 Seiten, darunter eine achtseitige Beilage seines Wahlprogramms, alle finanziert aus der Wahlkampfkasse.

Die Beobachtermission der Europäischen Union verfolgte die Informations- und Nachrichtenprogramme vier privater Fernsehsender und des staatlichen Fernsehens. Sie stellte fest, dass der Staatskanal dem Kandidaten Chávez fast neun Zehntel der Sendezeit widmete; Rosales war bei zwei privaten Sendern mit zwei Dritteln der Sendezeit im Vorteil, während bei den beiden übrigen privaten Kanälen Chávez klar dominierte (UE 2006: 7). Der für den Bereich politische Beteiligung und Finanzierung zuständige Vorstand der Wahlbehörde, Díaz, legte Ende November eine Aufstellung vor, nach der Chávez in den ersten vier Novemberwochen im Staatsfernsehen 87 und bei den privaten Sendern zehn Stunden Sendezeit hatte; Rosales kam bei der staatlichen Anstalt auf knapp zwei und bei den privaten auf etwas über 15 Stunden (El Nacional 2006). Die Unausgewogenheit der Berichterstattung verstieß eindeutig gegen die von der Wahlbehörde vorgegebenen Regeln, aber die Behörde versäumte es, diese mittels der vorgesehen Strafen auch durchzusetzen. Die EU-Beobachter berichteten, dass von über 1100 vorgetragenen Beschwerden nur fünf zu Strafen führten (UE 2006: 5); deutlicher kann man die Parteilichkeit der Wahlbehörde kaum beschreiben.

Das Wahlergebnis

Mit fast zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen (62,9%) konnte Chávez seine Wählerbasis gegenüber der Volksabstimmung über seine Abberufung im August 2004 (59%) noch steigern; Opposi-

tionskandidat Rosales blieb mit einem guten Drittel der Stimmen (36,9%) hinter der Erwartung zurück, die 40%-Marke zu überschreiten. Legt man die Gesamtzahl der Wahlberechtigten zugrunde, so stützt sich Chávez auf die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung, während die andere Hälfte etwa zu gleichen Teilen in Rosales-Wähler und Nichtwähler zerfällt. Chávez siegte in allen Bundesstaaten und fast allen Gemeinden, sein jeweiliger Vorsprung vor Rosales spiegelt die geografische Verteilung seiner Wählerbasis vom August 2004 wider. In neun Bundesstaaten des nördlichen Küstengürtels und der Anden war seine Distanz zu Rosales geringer als im Landesdurchschnitt, in den 15 übrigen, meist landwirtschaftlich geprägten Bundesstaaten war sie durchweg erheblich größer.

Dass Chávez bei den ärmeren Schichten einen größeren Rückhalt hat als in der Mittel- und Oberschicht, belegen so gut wie alle Umfragedaten. Eine Studie der Firma EMC vom November 2006 beziffert die Wahlabsicht für Chávez in der Oberschicht (5% der Bevölkerung) auf 17%, der Mittelschicht (33%) auf 48% und der Unterschicht (62%) auf 65% (EMC 2006: 20). Aber die Stimmenverteilung nach Bundesstaaten mit niedrigen, mittleren und hohen Armutsquoten ist nicht so eindeutig. Zwar schnitt Chávez in fünf der acht Bundesstaaten mit Armutsquoten von 40 und mehr Prozent (UNICEF 2005:140) deutlich besser ab – zwischen 69% und 78% – als in fünf der acht Bundesstaaten mit Armutsquoten zwischen 20% und 30%, in denen er „nur“ zwischen 51% und 59% der Stimmen erhielt. Wenn man aber die Anteile dieser Staatengruppen an der Wählerschaft zugrunde legt, ergibt sich ein weniger eindeutiges Bild. Das Wählerpotential der Bundesstaaten mit hohen Armutsquoten, die 26% der Wähler stellen, schöpften Chávez und Rosales gleichmäßig aus. Chávez erzielt einen vergleichsweise höheren Anteil (plus 2 Punkte) in den Bundesstaaten mit mittleren Armutsquoten, während Rosales einen vergleichsweise höheren Anteil (plus 2 Punkte) in den Bundesstaaten mit niedrigen Armutsquoten abschöpfte (s. Tabelle 2).

Die hohe Wahlbeteiligung von 75% – die bisher höchste in der Ära Chávez – kam dem Präsidenten zugute. In den Bundesstaaten mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung schnitt Chávez besser ab als in denen mit unterdurchschnittlicher Beteiligung (s. Tabelle 3). Ein Grund für dieses Ergebnis dürfte in der überlegenen Organisation

Tabelle 2: Stimmenbeiträge nach Armutsquoten

Anteile	Niedrige Armutsquote (22-30%) 8 Bundesstaaten	Mittlere Armutsquote (30-40%) 8 Bundesstaaten	Hohe Armutsquote (40-52%) 8 Bundesstaaten
Wähleranteil	45%	29%	26%
Beitrag zum Stimmenanteil Chávez	43%	31%	26%
Beitrag zum Stimmenanteil Rosales	47%	26%	26%

Quelle: UNICEF 2006; CNE 2006.

Tabelle 3: Stimmenanteile nach Wahlbeteiligung

Wahlbeteiligung	Bundesstaaten	Wähleranteil	Anteil Chávez	Anteil Rosales
Überdurchschnittlich	11	46	66 (+3)	34 (-3)
Unterdurchschnittlich	16	54	61 (-2)	40 (+3)

Quelle: CNE 2006.

und Logistik seiner Wahlkampfmannschaft zu suchen sein, deren Einsatz am Wahltag dazu beitrug, die Chávez-Anhänger zu mobilisieren.

Zwei Drittel der für Chávez abgegebenen Stimmen steuerte seine eigene Partei *Movimiento Quinta República* (MVR) bei; drei weitere Parteien des Regierungsbündnisses (*Por la Democracia Social/Podemos, Patria Para Todos/PPT* und *Partido Comunista de Venezuela/PCV*) trugen ein Viertel bei, die übrigen 20 Organisationen erbrachten die restlichen 10%. Rosales erhielt über die Wahlzettelposition seiner (regionalen) Partei *Un Nuevo Tiempo* (UNT) ein gutes Drittel der Stimmen; ein weiteres, knappes Drittel kam über die vor allem in der Hauptstadt Caracas starke Partei *Primero Justicia* (PJ), und das letzte Drittel verteilte sich auf die übrigen 40 Organisationen, die ihn aufgestellt hatten. Nur fünf der 86 auf dem Wahlzettel vertretenen Parteien kamen über 5% der Stimmen: MVR 41,7%; UNT 13,4%; PJ 11,2%; Podemos 6,5% und PPT 5,1%.

Eine deutliche Mehrheit der Wähler hat Chávez einen Blankoscheck ausgestellt und seine bisher nur vage skizzierte Vision eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts als Marschrichtung akzeptiert. Die Opposition hat eine weitere Entscheidung an

der Wahlurne verloren, dabei aber den politischen Erfolg ihrer Einigung auf ein Reformvorhaben erzielt. Es bleibt abzuwarten, ob Rosales den Impuls des Wahlkampfes in eine landesweite, auf Dauer angelegte Organisation der Opposition mit programmatischem Inhalt umzumünzen versteht. Als er am Wahltag im Anschluss an das erste Bulletin der Wahlbehörde seine Niederlage eingestand, versprach er, er werde sich dieser Herausforderung stellen.

Ausblick

Die von Chávez propagierte Umwidmung der bolivarianischen in eine sozialistische Revolution unter seiner Führung wurde an der Wahlurne legitimiert. Die Wähler haben eine perfekte Autokratie sanktioniert. Der Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist frei und wird auch bereits beschritten. Ohne ihre Basis zu konsultieren folgte die Führung der Regierungspartei MVR einer Anregung des Präsidenten, die Sozialistische Einheitspartei Venezuelas – PSUV – zu schaffen. Ihre Ankündigung, der MVR werde aufgelöst, über-

raschte die Bündnispartner *Podemos* und PPT, die eher verhalten reagierten.

Auf dem Aktionsplan der Einheitspartei für 2007 steht eine Verfassungsreform, mit der die unbegrenzte Wiederwahl des Staatspräsidenten eingeführt und der Sozialismus als Staatsziel festgeschrieben werden soll. Die Opposition hat sich bereits auf eine Debatte zu diesen Themen eingestellt und angekündigt, sie werde ihrerseits Vorschläge zu einer Verfassungsreform erarbeiten, die sich auf den Ausbau der Dezentralisierung, die Sicherung des Proporzprinzips im Wahlsystem und die Sicherung und Sozialbindung des Privateigentums konzentrieren.

Chávez' Vision vom Sozialismus beschränkt sich keineswegs auf Venezuela, sondern erstreckt sich zunächst auf Lateinamerika, dann aber auch auf die gesamte Welt. Es geht ihm nicht nur darum, einen Gegenpol zur Übermacht der Vereinigten Staaten zu schaffen, sondern den Kapitalismus auszumerzen, den er immer wieder als teuflisch, als Weg in die Hölle beschreibt. Heil verspricht nur der Sozialismus, jeweils angepasst an die besonderen gesellschaftlichen Vorgaben.

Für die schrittweise Umsetzung dieser Vision, zunächst in der Region, setzt Chávez auf Venezuelas riesige Energiereserven. Die Erdöllieferungen zu Sonderkonditionen an Mittelamerika und die karibischen Staaten, der Plan eines südamerikanischen Pipelinenetzes und der Bau neuer Raffinerien in Südamerika und Asien sind Schritte auf dem Weg, Venezuelas Abhängigkeit vom US-Energiemarkt zu mindern, der zur Zeit noch weit über die Hälfte der venezolanischen Exporte absorbiert. Mit Bolivien und dem wieder in die OPEC aufgenommenen Ecuador stehen ausserdem Partner bereit, denen diese Strategie entgegenkommt, und der wachsende Energiebedarf Brasiliens und Argentiniens bietet reale Marktchancen.

Dass Chávez seinen kontinentalen Führungsanspruch nicht verhehlt und beim jüngsten Mercosur-Gipfel in Cochabamba bekräftigte, findet bei Brasiliens Präsidenten Lula da Silva und Argentiniens Präsidenten Kirchner jedoch keinen Beifall. Ihre Reaktion auf Chávez' Gedanken über den Ausbau des Mercosur zu einer politischen Union, die Zusammenführung der Streitkräfte und die Umsetzung der Bolivarischen Alternative ALBA war eher verhalten. Mit einem niedrigeren Profil und geduldiger, stetiger Diplomatie statt der von ihm bevorzugten Lautsprecher-Politik würde Chávez seiner Vision einen besseren Dienst erweisen.

Referenzen

- Consejo Nacional Electoral (CNE) (2006): Resultados Electorales, Elección Presidencial 2006, www.cne.gob.ve, 16.12.2006.
- Córdova, Yadira (2006): Reconocimiento, elektronisches Rundschreiben, 05.12.2006.
- El Nacional (2006): 47% de la infracciones electorales involucra a funcionarios públicos, 29. November, S. A-2.
- Evans-McDonough Company (EMC) (2006): Venezuelan Political Climate, Registered Voters, Presentation of Results, November 2006, www.evansmcdonough.com, 10.12.2006.
- Organización de Estados Americanos (OAS) (2006): Informe verbal del Jefe de la Misión de Observación Electoral en Venezuela, www.oas.org/speeches/speech.asp?sCodigo=06-0202, 10.12.2006.
- Unión Europea (EU): Misión de observación electoral Venezuela, Elección presidencial 2006 (2006), Informe preliminar. Evaluación del proceso electoral, www.eueomvenezuela.org, 6.12.2006.
- UNICEF (2006): Condiciones de vida: La Pobreza en Venezuela, www.unicef.org/venezuela/Cap.7pdf, 10.12.2006.

■ Der Autor

Prof. Dr. Friedrich Welsch ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universidad Simón Bolívar in Caracas, Venezuela.

E-Mail: welsch@cantv.net

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Von 2006 bis 2008 läuft im GIGA das DFG-finanzierte Forschungsprojekt "Risiko Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und Gewalt in Nicht-OECD-Staaten". Es wird untersucht, unter welchen Kontextbedingungen Ressourcenreichtum zu Gewaltkonflikten führt – und unter welchen nicht. Das Projekt bemüht sich um eine Kombination quantitativer und qualitativer Methoden. Der qualitative Vergleich umfasst Algerien, Iran, Nigeria und Venezuela. Leiter des Projekts ist Dr. Matthias Basedau.

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Agulló, Juan (2006): Venezuela: Desde Dónde, Hacia Dónde, in: *Iberoamericana* 23, Madrid: Vervuert, S. 194-199.

Burchardt, Hans-Jürgen (2005): Venezuela: Von der Krise in die Krise?, in: Boeckh, Andreas/Öhlschläger, Andreas (Hrsg.): *Krisenregion Lateinamerika. Weingartner Lateinamerika-Gespräche 2005*. Hamburg: IIK (= Beiträge zur Lateinamerika-Forschung; Bd. 19), S. 97-127.

Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef (Hrsg.) (2002): *Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas*. Frankfurt/M.: Vervuert (= Schriftenreihe des IIK; Bd. 56).

Diehl, Oliver/Muno, Wolfgang (Hrsg.) (2005): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* Frankfurt/M.: Vervuert (= Schriftenreihe des IIK; Bd. 61).

Peetz, Peter (2001): *Neopopulismus in Lateinamerika. Die Politik von Alberto Fujimori (Peru) und Hugo Chávez (Venezuela) im Vergleich*. Hamburg: IIK (= Beiträge zur Lateinamerika-Forschung; Bd. 7).

Röder, Jörg/Rösch, Michael (2001): *Neopopulismus in Venezuela – Aufbruch in eine Dekade der Illusionen?*, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 01-01. Hamburg: IIK.

Sánchez-López, Francisco (2001): *Drei Jahre "Bolivarianische Revolution" in Venezuela: Trabajadores y empresarios unidos jamás serán vencidos*, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 24-01. Hamburg: IIK.

Welsch, Friedrich/Reyes, Gabriel (2004): *Venezuela: Chronik eines angekündigten Wahlsiegs*, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 17-04. Hamburg: IIK.

---/--- (2002): *Staatsstreich gegen Chávez*, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 07-02. Hamburg: IIK.

---/Werz, Nikolaus (2000): *Die venezolanische "Megawahl" vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik*, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 20-00. Hamburg: IIK.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Nina Grabe; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Iberoamerika-Kunde

IMPRESSUM